

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 783

Mittwoch, 5. Juli 2023

30. Jahrgang

Paukenschlag in Guatemala: Linker Kandidat in der Stichwahl für die Präsidentschaft.....	1
Die Botschaft [der Wähler*innen].....	2
Vor der Wahl: Siegeserwartungen und die Schatten der ausgeschlossenen Kandidat*innen.....	4
Verurteilung von José Rubén Zamora.....	6
Justiz: Prozess gegen Militär wegen des Massakers von Alasca, Totonicapán von 2011.....	6

Paukenschlag in Guatemala: Linker Kandidat in der Stichwahl für die Präsidentschaft

*Wunsch kandidat*innen der Oligarchie erreichen die zweite Runde nicht. Gut sieben Prozent der Wähler*innen gaben leere und über 17 Prozent ungültige Stimmzettel ab. Von [Thorben Austen](#). [Quetzaltenango für Amerika21](#)*

Guatemala-Stadt, 26. Juni - Es ist offiziell: Der Kandidat Bernardo Arévalo von der links-sozialdemokratischen und aus den großen Antikorruptionsprotesten hervorgegangenen Partei SEMILLA hat mit 11,8 Prozent sicher die Stichwahl erreicht, obwohl diese in Umfragen bei unter zwei Prozent gelegen hatte.

Vorne liegt Sandra Torres von der Einheit der Nationalen Hoffnung (UNE) mit knapp 15 Prozent. Auch die UNE ist eine sozialdemokratische Partei, wird aber im Allgemeinen nicht als Oppositionspartei wahrgenommen, sondern zum herrschenden "Pakt der Korrupten" gezählt. Alle weiter rechts stehenden Kandidat*innen sind nicht in der Stichwahl. Manuel Conde von der aktuellen Regierungspartei VAMOS kam mit gut acht Prozent auf den dritten Platz, Armando Castillo von der Partei VIVA mit sieben Prozent auf Platz vier. Edmund Mulet von der unternehmerfreundlichen Partei CABAL und die ultrarechte Kandidatin Zury Rios vom Parteienbündnis Unionista/VALOR kamen nur auf Platz fünf und sechs. Beide waren in Umfragen zuvor als Favorit*innen für die Stichwahl gehandelt worden (s.u. die Analyse im Vorfeld).

Unüblich für linke Wahlergebnisse in Guatemala punktete Arévalo vor allem in den großen Städten. So erreichte er in der Hauptstadt gut 23 Prozent der Stimmen, in der nahe der Hauptstadt gelegenen Stadt Antigua Guatemala 30 und in der zweitgrößten Stadt Quetzaltenango sogar 32 Prozent. Im Gegensatz dazu standen die Ergebnisse in den nördlichen, von großer Armut geprägten ländlichen Departamentos Huehuetenango, Quiche und Alta Verapaz. Diese konnte Sandra Torres für sich entscheiden, während SEMILLA dort nur um die fünf Prozent erreichte.

Kandidat / Partei	Stimmen	Prozentanteil
Sandra Torres / UNE	868 124	15,78
Ungültige Stimmen	823.289	14,94
Bernardo Arévalo / SEMILLA	649 048	11,80
Stimmenthaltungen	541.324	9,80
Manuel Conde / VAMOS	431 428	7,84
Armando Castillo / VIVA	400 353	7,27
Edmund Mulet / CABAL	369 779	6,72
Zury Rios / VALOR-UNIONISTA	361 205	6,56
Manuel Villacorta (VOS)	237 152	4,31

(...) Bei den [Bürgermeister*innenwahlen](#) in der Hauptstadt konnte das Bündnis "Foppa por la Ciudad" mit 16,4 Prozent den dritten Platz erreichen. Dies ist, nachdem es zwischenzeitlich nach einem Kopf an Kopf-Rennen ausgesehen hatte, zwar ein Rückstand von rund fünf Prozentpunkten auf den Amtsinhaber Ricardo Quiñónez vom ultrarechten Parteien-

bündnis Uniosta-Valor, der mit gut 22 Prozent gewann. Allerdings war das Bündnis durch den Ausschluss und die Inhaftierung des bekannten Spitzenkandidaten Francisco Foppa (amerika 21 [berichtete](#) und *Fijate 778 auch, d.Red.*) stark geschwächt worden und hatte in Umfragen nicht mehr auf den ersten Plätzen gelegen.

In Quetzaltenango konnte das Bürger*innenkomitee SBX (Sacandole Brillo a Xela) den zweiten Platz hinter dem Amtsinhaber Juan Fernando López von der Partei Humanista [erreichen](#). Das SBX [setzt](#) sich für einen guten kommunalen Nahverkehr und eine ökologische und soziale Stadtpolitik ein. In Antigua gewann das Bürger*innenkomitee "Futuro". In Solola gewann ebenfalls das Bürger*innenkomitee SUD (Sololateco Unidos para el Desarrollo), auf Platz zwei kam die ehemalige Guerillaorganisation URNG. In der indigen geprägten Kreisstadt nahe des Touristenmagnets Atitlan-See hatten seit dem Ende des Bürgerkrieges die URNG und das SUD alle Bürgermeister*innenwahlen gewonnen.

Die Bewegung SEMILLA nahm erst das zweite Mal an Wahlen teil. 2019 wurde ihre Präsidentschaftskandidatin, die ehemalige Generalstaatsanwältin Thelma Aldana, ebenfalls ausgeschlossen und musste in die USA ins Exil flüchten. Die Abgeordneten von SEMILLA machten eine offensive Oppositionspolitik im Parlament. Im aktuellen Wahlkampf beteiligte sich die Partei nicht an der kostenaufwändigen "Materialschlacht" und setzte stattdessen auf Inhalte wie konkrete Vorschläge zur Reduzierung der Armut und zur Verteidigung der bedrohten und eingeschränkten Demokratie.

Die Botschaft [der Wähler*innen]

Auszug aus einem Bericht der Konrad-Adenauer-Stiftung in Guatemala

Die Wahlbeteiligung erreichte mit knapp 61% das Niveau von 2019. Hierbei ist allerdings anzumerken, dass sich diese bemisst auf der Grundlage der in das Wahlregister eingeschriebenen Personen. Rund 3 Mio. Guatemalte*innen (Stand: Mai 2022) haben sich jedoch erst gar nicht eingeschrieben. Der Anteil der Wahlenthaltung der eingeschriebenen Wähler*innen ist im Vergleich zu 2019 erkennbar gestiegen. Dramatisch ist die Vervierfachung der „votos nulos“, der ungültigen Stimmen.

	2019	2023
Eingeschriebene Wahlberechtigte	7.856.189	9.361.068
Abgegebene Stimmen – absolut	4.378.271	5.510.345
Abgegebene Stimmen – prozentual	61,84 %	60,58 %
Wahlenthaltung – absolut	452.708	541.324
Wahlenthaltung – prozentual	8,98 %	9,8 %
Ungültige Stimmen – absolut	209.444	823.289
Ungültige Stimmen – prozentual	4,16 %	14,94 %

Knapp ein Viertel der abgegebenen Stimmen entfällt auf Enthaltungen und ungültige Stimmen. Allein die ungültigen Stimmen erreichen fast das Ergebnis der Bestplatzierten Sandra Torres.

Zurückzuführen ist das auf mehrere Gründe. Zum einen wurde der Prozess der Zulassung der Kandidat*innen stark kritisiert. Während Zury Ríos entgegen einer Verfassungsbestimmung zugelassen wurde, scheiterten andere Kandidat*innen mit teils fragwürdigen Begründungen. Einem in den Umfragen von Beginn an mit weitem Abstand führenden Kandidaten wurde wenige Wochen vor der Wahl nach Klage einer anderen Partei die Zulassung entzogen, da der Nominierungsparteitag bestimmte Verfahrensregularien nicht eingehalten habe. Vor allem von diesem Kandidaten wurde dann eine massive „voto nulo“-Kampagne betrieben. Nicht zuletzt dieser Vorgang mitten in Wahlkampf zeigt die kafkaesken Züge einer grenzenlosen Justizialisierung des Wahlprozesses, die wesentlich zur Vertrauenskrise in die Institutionen beiträgt und vom Gesetzgeber nicht ernst genommen wird.

Zwei Tage vor den Wahlen berichtete die New York Times von Korruption innerhalb des Obersten Wahlgerichtshofes, dessen Mitglieder angeblich von der Regierung mit monatlich 6.000 Dollar bedacht würden.

Insgesamt dürfte in diesem Wahlverhalten aber auch die hohe Unzufriedenheit der Guatemalte*innen mit Regierung und Politik insgesamt zum Ausdruck kommen. Diese Zahlen müssten ein Alarmruf an die politische Klasse sein. In Guatemala ist man aber skeptisch, ob dies so wahrgenommen und zum Anlass genommen wird, einerseits das Wahlsystem zu reformieren und andererseits (...) Politiken und politischem Verhalten zu verändern.

Ausblick

Der Ausgang des 2. Wahlgangs am 20. August ist völlig offen. Diese unerwartete Kandidat*innenkonstellation stellt auch die Analyst*innen vor eine Herausforderung. Galt bei dem erwarteten Duo Torres – Mulet als ausgemacht, dass Mulet als Sieger hervorgehen würde, ist nun die Verunsicherung gross.

Das geht sogar so weit, dass selbst das guatemalte*ische Bonmot in Frage gestellt wird, wonach eine Kandidatin Torres automatisch den Sieg der*s Gegenkandidatin*en bedeutet. Torres hat aus ihrer Zeit als Ehefrau des Staatspräsidenten Alvaro Colón und ihren vor allem der Landbevölkerung zugutekommenden Sozialprogrammen in den ländlichen Bereichen eine gute und recht stabile Ausgangsbasis. Dennoch ist Torres die Kandidatin mit dem höchsten Ablehnungsanteil in Umfragen. Das hat weniger mit ihrer Politik als ihrer Person und ihrem als eher autoritär

charakterisierten, nicht auf Konsens und Vertrauen bedachten Temperament zu tun. Hinzu kommt auch die Frage, ob der guatemaltekeische „machismo“ wirklich schon für eine Frau im höchsten Staatsamt bereit ist. Auf der anderen Seite nun Arévalo, eher unbekannt. Ausser in den Sozialen Medien im zurückliegenden Wahlkampf ist er nicht besonders aufgefallen, hat eher urbanen Rückhalt. Die Brisanz dieser Konstellation rührt nicht zuletzt aus der Tatsache, dass erstmals in der Geschichte des stark konservativ geprägten Guatemala, bei aller Oberflächlichkeit und eingeschränkter Belastbarkeit ideologischer Etiketten in diesem Land, zwei der demokratisch-gemässigten Linken zuzuordnende Parteien im zweiten Wahlgang stehen. Und da in vielen Ländern Lateinamerikas für manche Parteien und Eliten das Wort „sozial“ gleichbedeutend mit „sozialistisch“ ist, kann dies für eine weitere Polarisierung in einem ohnehin bereits stark polarisierten Land sorgen, ohne dass im zweiten Wahlgang eine genuine Alternative bestünde.

Die offene Frage ist daher, wie sich die gemässigte bis signifikant rechte Wählerschaft und politische und wirtschaftliche Eliten in der anstehenden Entscheidung positioniert. Das dürfte auch davon abhängen, welche Form der Wahlkampf zwischen den beiden Kontrahent*innen in den nächsten beiden Monaten annimmt. Schon kursieren Gerüchte gegen Arévalo und SEMILLA, sie wollten Unternehmen und Fincas enteignen.

Sandra Torres könnte daher von einem lateinamerikanischen Sprichwort profitieren: „Más vale malo conocido que bueno por conocer“ (deutsch: Man setzt lieber auf das Bekannte, auch wenn man es für schlecht hält, als auf das Unbekannte, auch wenn es gut sein könnte).

Doch die Hoffnung stirbt zuletzt: Vielleicht hat diese Konstellation auch zur Folge, dass nach vielen burlesken Wahlkampfteilen in der nun anstehenden zweiten Phase eine fundierte und konkrete inhaltliche Debatte stattfinden und zur Versachlichung und individuellen Entscheidungsfindung beitragen kann.

Wie auch immer die Entscheidung am 20. August ausgehen wird, eines dämpft die ohnehin geringe Hoffnung der Wählerschaft auf einen grundlegenden Wandel der Politik: Die Regierung kann vieles, aber bei Weitem nicht alles. Sie braucht eine tragfähige Mehrheit im Kongress. (...) Die Parteien von Torres und Arévalo verfügen lediglich über 28 bzw. 23 der insgesamt 160 Sitze. VAMOS, die Partei des aktuellen Staatspräsidenten, verfügt allein über knapp ein Viertel der Mandate. Von den 160 Abgeordneten wurden 60 wiedergewählt (= 37,5 %), 100 sind neu.

SITZVERTEILUNG IM KONGRESS *(vertiefende Recherche durch die Red.):*

Partei	Mandate 2023	Mandate 2019
VAMOS (Partei von Giammattei, insgesamt 23 wiedergewählt, davon u.a. 7 ex-UCN, 3 Ex-UNE)	39	17
UNE (Partei von Sandra Torres; 12 wurden wiedergewählt)	28	52
SEMILLA (Partei von Bernardo Arevalo, drei wiedergewählt, eine ex-BIEN, alle übrigen neu)	23	7
CABAL (Partei von Edmund Mulet, viele neue, 1 ex-UCN, 1 ex-UNE)	18	0
UNIONISTA-VALOR (→ Zury Rios), 4 wiedergewählt, u.a. Alvaro Arzu Escobar)	12	12
VIVA (4 wiedergewählt, davon 2 Ex-BIEN)	11	7
TODOS (zwei wiedergewählt, darunter Felipe Alejos)	6	7
BIEN (Gründer Fidel Reyes Lee war zuvor Abg. für LIDER und UNE)	4	8
VOS (Abtrünnige der UNE, u.a. Orlando Blanco, Jairo Flores)	4	0
CREO (2 wiedergewählt)	3	6
NOSOTROS (ex-UNE, u.a. Tochter von Sandra Torres)	3	0
VICTORIA (Partei der Familie Rivera aus Mixco und Escuintla, früher mal in PP aktiv)	3	4
AZUL (I. Farchi früher Abg. FRG und Präsidentschaftskandidat von VIVA 2019)	2	0
ELEFANTE (ein neuer und eine ex-VIVA)	2	0
CAMBIO (Partei der Baldizon-Söhne; Esduin Javier Javier aka Tres Kiebras Direktmandat in Chiquimula)	1	0
URNG-MAIZ-WINAQ (Sonia Gutierrez)	1	7
Parteien, die 2019 vertreten waren: Humanista (6), FCN (8), PAN (2), MLP (1), PODEMOS (1), UCN (12), PC (3)	0	33
Total	160	160

Dies bedeutet, dass Koalitionen geschlossen werden müssen und diese haben ihren Preis - hinzukommen vielfältige ausserparlamentarische Einflussfaktoren. Der Spielraum jeder Regierung ist von vornherein eingeschränkt. Eine Regierung „pur“ irgendeiner der beiden Parteien wird es daher nicht geben. Da neun Parteien aufgrund fehlender parlamentarischer Vertretung nun vor der Streichung aus dem Parteienregister stehen, darunter auch die indigene MLP, die 2019 mit 8,97% noch den 4. Platz bei den Präsidentschaftswahlen belegte, bleibt abzuwarten, wie sich das auf die künftige Ausgestaltung des Parteiensystems insgesamt auswirkt. Zunächst aber stehen Guatemala nahezu zwei weitere intensive Wahlkampfmonate bevor.

Sitzverteilung der guatemaltekeischen Abgeordneten im Zentralamerikanischen Parlament PARLACEN (20)

Partei	Mandate	Partei	Mandate	Partei	Mandate
VAMOS	5	UNIONISTA-VALOR	2	TODOS	1
UNE	4	VIVA	2	URNG-MAIZ-WINAQ	1
SEMILLA	3	NOSOTROS	1	VOS	1

Vor der Wahl: Siegeserwartungen und die Schatten der ausgeschlossenen Kandidat*innen

Guatemala, 21. Juni - Am 25. Juni werden die Guatemalte*innen eine*n neue*n Präsidentin*en wählen und damit einen kontroversen Wahlkampf beenden. Im Folgenden beantwortet Pamela Ruiz, Verantwortliche von Crisis Group für Zentralamerika einige Fragen im Vorfeld der Wahl.

Was steht bei den Wahlen in Guatemala auf dem Spiel?

(...) Eine Mehrheit der Guatemalte*innen wünscht sich eine neue Führung. Der Amtsinhaber, der konservative Alejandro Giammattei, darf sich laut Verfassung nicht zur Wiederwahl stellen, aber die meisten Wähler*innen sind ohnehin froh, ihn loszuwerden. Drei Viertel der Guatemalte*innen bewerten seine Amtszeit, die mit dem Höhepunkt der COVID-19-Pandemie zusammenfiel, als unterdurchschnittlich. Die meisten Wähler*innen sehen die bevorstehenden Wahlen jedoch nicht als Chance, einen bedeutenden Wandel herbeizuführen. Es herrscht die weit verbreitete Auffassung, dass die politischen und wirtschaftlichen Eliten das Justizsystem manipuliert haben, um Politiker*innen, die ihre Interessen gefährden könnten, von der Kandidatur für ein hohes Amt auszuschliessen.

Gleichzeitig durften Politiker*innen, die seit langem mit den Machthaber*innen des Landes verbunden sind, im Rennen bleiben, obwohl sie gegen die Regeln der Wählbarkeit verstossen haben, z. B. weil sie [wie Zury Ríos] mit ex-Führer*innen verwandt sind, die mit Gewalt an die Macht gekommen sind. Infolgedessen sind viele Guatemalte*innen von der Wahl nicht begeistert: Eine Umfrage vom Mai ergab, dass 45 % der Befragten keinen Kandidat*innen ihre Stimme geben würde und eine grosse Mehrheit die meisten staatlichen Institutionen in Guatemala ablehnt.

Diese breite Unzufriedenheit hat tiefe Wurzeln. Guatemala - das bevölkerungsreichste und vielfältigste Land Zentralamerikas - ist eines der ungleichsten Länder der Hemisphäre. Im Jahr 2020 lebten 59 Prozent der Einwohner*innen des Landes in Armut, eine Quote, die unter der grossen indigenen Bevölkerung auf fast 80 Prozent anstieg. Das Land hat das niedrigste Steueraufkommen in Lateinamerika - nur 12 Prozent des BIP, etwa die Hälfte des regionalen Durchschnitts. Mangelnde wirtschaftliche Möglichkeiten und die seit langem bestehende Diskriminierung der indigenen Bevölkerung treiben jedes Jahr Zehntausende Guatemalte*innen zur Auswanderung. (...) Der*die neue Präsident*in wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht gegen die tief verwurzelte Korruption vorgehen; schlimmstenfalls könnte er oder sie sogar die politische Verfolgung der wenigen verbliebenen Dissident*innen verstärken. Keine*r der führenden Präsidentschaftskandidat*innen hat sich für die CICIG ausgesprochen.

Wer sind die Favorit*innen, und welche Interessen vertreten sie?

Die Spitzenkandidat*innen sind seit langem Teil der politischen und diplomatischen Landschaft Guatemalas. Die erste Favoritin war Zury Ríos, die Tochter des ehemaligen Diktators Efraín Ríos Montt, der im Mai 2013 wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Völkermordes am Volk der Ixil zu 80 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, bis das Verfassungsgericht das Urteil aufhob (er starb 2018). Die ehemalige Kongressabgeordnete Ríos bezeichnet ihre Partei als "klassisch liberal" und sich selbst als überzeugte Christin.

Sandra Torres ist eine ehemalige First Lady, die für ihr Programm "Solidaritätshilfe" bekannt ist, das unter anderem Geldtransfers für Mütter vorsah, damit diese ihre Kinder zur Schule schicken konnten. Sie verspricht nun, die Steuern auf Grundnahrungsmittel zu senken und Sozialprogramme zu fördern. Sie wurde 2019 wegen Verstosses gegen die Gesetze zur Wahlkampffinanzierung bei ihrer Präsidentschaftskandidatur 2015 verhaftet, aber 2022 freigesprochen, nachdem ein Richter entschieden hatte, dass es nicht genügend Beweise für ein Verfahren gab.

Edmond Mulet - ein ehemaliger Kongressabgeordneter, Botschafter und hochrangiger UN-Diplomat - hat versprochen, Schüler*innen mit elektronischen Geräten auszustatten und die Kosten für Medikamente zu senken. Alle Kandidat*innen versprechen, die Korruption zu bekämpfen, ohne sich jedoch an die UN zu wenden. (...)

Echte oppositionelle Kräfte gibt es noch. Bernardo Arévalo, der Sohn des ersten demokratisch gewählten guatemalteki-schen Präsidenten, kandidiert als Vorsitzender der Bewegung SEMILLA (Saatgut) für das Präsidentenamt. Er hat einen detaillierten und mit einem Budget versehenen Reformplan vorgelegt, hat aber laut Meinungsumfragen wenig Hoffnung, es in die Stichwahl zu schaffen. Auch andere Kandidat*innen sprechen sich gegen die herrschenden Eliten aus, doch hat sich bisher keine*r als potenzielle*r Wahlsieger*in herauskristallisiert.

Wird es freie und faire Wahlen geben, und welche Risiken bestehen für Unruhen?

Diese Wahl entwickelt sich zur umstrittensten Wahl in Guatemala seit Jahrzehnten. Die Tatsache, dass drei prominente Kandidat*innen von der Kandidatur ausgeschlossen wurden, hat dazu geführt, dass weite Teile der Öffentlichkeit den Wettbewerb als manipuliert ansehen (Arzú, Cabrera und Pineda ..., nicht aber Ríos, Lemus ...). Diese willkürlichen Entscheidungen haben viele Guatemalte*innen zu dem Verdacht veranlasst, dass die oder der nächste Präsident*in des Landes de facto bereits in Hinterzimmerverhandlungen ausgewählt wurde, bei denen mächtige Gruppen entschieden haben, wer kandidieren darf und wer von der Kandidatur ausgeschlossen ist.

Ein Hauptmotiv dieser Eliten scheint darin zu bestehen, Geschäftsinteressen vor gerichtlichen Untersuchungen zu schützen. Der ehemalige Kandidat Roberto Arzú argumentiert, dass "ein Konglomerat die Regierung, die Abgeordneten, die Gerichte und das Oberste Wahltribunal kooptiert hat. ... Dazu gehören auch Geschäftsleute, die mit Privilegien, Monopolen und Missbrauch in ihren Sektoren weitermachen wollen. Der Präsident, für den sie sich entscheiden, ist in

Wirklichkeit der ernannte Manager. Was sie wollen, ist Straffreiheit". [*Wobei Arzú natürlich selbst zu dieser Blase gehört ..., d.Red.*]

Was auch immer die genauen Gründe für die Entscheidungen sind, die das Feld der Kandidat*innen geformt haben, das Gefühl, dass die*der Gewinner*in bereits feststeht oder dass die Kandidat*innen die Regeln straffrei umgangen haben, dürfte viele Guatemalteke*innen dazu verleiten, nicht zur Wahlurne zu gehen. Je näher die Wahlen rücken, desto mehr Präsidentschaftskandidat*innen, die von der Wahl ausgeschlossen sind, rufen ihre Anhänger*innen auf, eine "ungültige Stimme" abzugeben, denn wenn mehr als 50 % der abgegebenen Stimmen ungültig sind, muss die Wahl wiederholt werden. Guatemalteke*innen stellen jedoch fest, dass die Menschen sich eher der Stimme enthalten als eine ungültige Stimme abzugeben.

Anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern könnten das weit verbreitete Misstrauen in die staatlichen Institutionen und der Glaube, dass es dem Land schlechter geht als vor drei Jahren, eher zu Apathie als zu Protest führen. Guatemala leidet seit langem unter einer niedrigen Wahlbeteiligung. Viele Bürger*innen sind der Meinung, dass sie vom Staat nichts bekommen, und haben kaum Erwartungen an Veränderungen. Diese Abstimmung könnte eine Rückkehr zum Status quo des Landes bedeuten, bei dem hart umkämpfte Wahlen auf öffentliches Desinteresse stossen. Dennoch ist der Wahlkampf weiterhin von Gewalt geprägt, und die Zahl der Angriffe auf Kandidat*innen, Unterstützer*innen und Parteimitarbeiter*innen nimmt zu, je näher der Wahltag rückt.

Das guatemaltekeische Think-Tank Diálogos berichtet, dass zwischen Januar und der ersten Junihälfte fünfzehn Personen, die an den verschiedenen Wahlkampagnen beteiligt waren - darunter Fahrer und Freiwillige - getötet wurden. Am 14. Juni teilte der Präsidentschaftskandidat Edmond Mulet mit, dass in der Parteizentrale seiner Partei in Chimaltenango Schüsse zu hören gewesen seien, begleitet von einer Drohbotschaft. Drei Tage später wurde ein UNE-Kandidat für den Stadtrat von Concepción Las Minas Chiquimula namens Erlindo Rodríguez Samayoa niedergeschossen. Ein weiterer Ratskandidat, Romeo Maldonado Bourdet, für die Partei VICTORIA, [wurde Anfang Juni in San Lucas Totulimán, Sololá, ermordet](#). Darüber hinaus [wurde ein Mitglied des Wahlvorstands von CABAL in Guatemala-Stadt, Ángel Lucero Cifuentes, zusammen mit ihrem Ehemann nach einer Sitzung ihrer Partei ermordet](#). [aus dem RT-ZA-Info].

Ausländische Regierungen und Politiker haben davon Kenntnis genommen. Die Interamerikanische Menschenrechtskommission und die EU - die zusammen mit der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) eine Wahlbeobachtungsmission in das Land entsendet - haben einen wettbewerbsorientierten, integrativen und transparenten Wahlprozess gefordert. Ausländische Staatsoberhäupter haben ähnliche Appelle ausgesprochen, darunter auch US-Vizepräsidentin Kamala Harris, die im Mai mit Präsident Giammattei telefonierte. Diese Bemühungen scheinen jedoch nicht viel bewirkt zu haben, zumindest nicht in Bezug darauf, welche Präsidentschaftskandidat*innen teilnehmen können.

Wie wird die neue Regierung die wichtigsten öffentlichen Anliegen, einschliesslich der Sicherheit, angehen?

Die Guatemalteke*innen nennen die hohen Lebenshaltungskosten, Kriminalität und Unsicherheit, Korruption und Arbeitslosigkeit als ihre grössten öffentlichen Sorgen. Während die Bürger*innen auf dem Lande am meisten über die Wirtschaftslage besorgt sind, geben die Stadtbewohner*innen an, dass die Bekämpfung der Unsicherheit für sie Priorität hat. Die Zahl der Tötungsdelikte in Guatemala ist seit 2011 zurückgegangen und erreichte 2020 den niedrigsten Stand. In diesem Zeitraum sank die Mordrate von 46 Tötungsdelikten pro 100.000 Einwohner auf 17,3. In den Jahren 2021 und 2022 stieg die Zahl der Todesopfer jedoch wieder an, vor allem in den Departements El Progreso, Escuintla, San Marcos, Guatemala, Jutiapa und Izabal.

Verschiedene Kandidat*innen haben sich der Politik des Präsidenten des benachbarten El Salvador, Bukele, angeschlossen, der von politischen Kreisen in ganz Lateinamerika dafür gefeiert wurde, dass er einen "Krieg gegen die Banden" durch Masseninhaftierung mutmasslicher Krimineller führt.

So hat Zury Ríos einen so genannten Stärkungsplan vorgeschlagen, der sich an Bukele und an den Plan Colombia anlehnt, der von den USA unterstützte Kampagne zur Bekämpfung von Drogenhändlern und Aufständischen in Kolumbien, der 1998 begann. Ihr Plan zielt darauf ab, das Territorial- und Grenzmanagement zu verbessern, die staatliche Kontrolle über die Gefängnisse zu verstärken und die Transparenz der Ausgaben zu erhöhen. Sie hat erklärt, dass sie bei schweren Verbrechen, insbesondere bei Mord und Vergewaltigung von Kindern, die Todesstrafe verhängen würde, obwohl der San-José-Pakt, den Guatemala unterzeichnet hat, die Todesstrafe faktisch verbietet. Sie hat auch angekündigt, dass sie den "zivilen Tod" auf diejenigen anwenden würde, die der Korruption für schuldig befunden werden, indem sie ihnen künftige Regierungsaufträge verweigern.

Sandra Torres hat ihren Sicherheitsplan auf die Umstrukturierung der nationalen Zivilpolizei und die Installation von mehr Überwachungskameras ausgerichtet. Sie hat sich für die Todesstrafe für Personen ausgesprochen, die Kinder vergewaltigen und ermorden, aber in späteren Interviews eingeräumt, dass die Todesstrafe in Guatemala nicht zulässig sei.

Edmund Mulet hat seinerseits einen Plan für totale Sicherheit rund um die Uhr vorgestellt, der darauf abzielt, Polizei und Militär in 200 Stadtteilen einzusetzen, mehr Kameras zu installieren und die lokale Verbrechensbekämpfung zu ver-

bessern. Theoretisch verbietet das Friedensabkommen von 1996 dem Militär eine Beteiligung an der öffentlichen Sicherheit, doch haben Soldat*innen in den vergangenen Jahren gelegentlich Polizeiaufgaben übernommen. Auch wenn die*der neue Präsident*in versuchen mag, dem derzeit populärsten Präsidenten Lateinamerikas nachzueifern, wird es für die neue Regierung wahrscheinlich schwierig sein, die Unterstützung der Öffentlichkeit zu gewinnen. Ein geschwächtes Justizsystem, das bestimmten privaten oder kriminellen Interessen verpflichtet ist, wird es schwer haben, die Straflosigkeit zu bekämpfen: Berichten zufolge glauben bereits sieben von zehn Guatemalte*innen, dass das Gesetz kaum auf diejenigen angewandt wird, die Verbrechen begehen. Mächtige Wirtschaftsgruppen werden den Staat höchstwahrscheinlich daran hindern, seine Steuereinnahmen zu erhöhen, um öffentliche Dienstleistungen oder Sozialprogramme zu verbessern.

In der Zwischenzeit wird Guatemala weiterhin unter den Druck der USA geraten, bei der Verhinderung bzw. Kontrolle von Migrationskarawanen nach Norden mitzuwirken. Diese Verantwortung wird wahrscheinlich noch zunehmen, da das Land eines der beiden lateinamerikanischen regionalen Bearbeitungszentren für Asylanträge in den USA beherbergen wird (das andere wird in Kolumbien eingerichtet). Eine Wahl, die nach allgemeiner Auffassung unter falschen Voraussetzungen stattgefunden hat, wird zumindest anderen Regierungen in der Region einen weiteren Präzedenzfall für Wahlmanipulationen liefern. Schlimmstenfalls könnte sie die Legitimität der nächsten Regierung in Guatemalas ernsthaft in Frage stellen. (Crisis Group)

Verurteilung von José Rubén Zamora

Guatemala, 15. Juni - Ein guatemaltekisches Gericht [hat den bekannten Journalisten und Gründer von elPeriódico, José Rubén Zamora, am 15. Juni zu sechs Jahren Haft verurteilt](#). Ihm wurde Geldwäsche vorgeworfen, von anderen Vorwürfen, darunter Erpressung, wurde er freigesprochen. Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen sehen in dem Prozess [eine politische Verfolgung und einen Angriff auf die Pressefreiheit](#) mit dem Ziel, [die unabhängige Presse einzuschüchtern](#). (RT-ZA-Info)

Justiz: Prozess gegen Militär wegen des Massakers von Alasca, Totonicapán von 2011

Guatemala, 15. Juni - Am 15. Juni [begann der Prozess gegen neun Militärangehörige](#), die wegen des Massakers im Jahr 2012 auf einem Höhenzug namens Alasca angeklagt sind, [dem ersten vom Staat verübten Massaker in Friedenszeiten](#). Das Strafverfahren begann vor 11 Jahren, [aber erst diesen Juni fand die Anhörung statt](#).

Am 4. Oktober 2012 hatte die K'iche-Bevölkerung aus Totonicapán friedlich gegen verschiedene Massnahmen der Regierung von Otto Pérez Molina demonstriert. Die Regierung hatte Spezialeinheiten der Polizei und der Armee geschickt, um den Protest aufzulösen. Die staatlichen Sicherheitskräfte haben schliesslich [acht Menschen ermordet und mehr als 34 weitere Personen](#) verletzt. (RT-ZA-Info)

¡Fijáte!
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion:
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle AbonnentInnen:
IBAN: CH380900000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6